

Die Sanktionen drehen und wenden

Reaktionen aus der Leserschaft zur STANDARD-Sonderreihe „Schwarz-Blau – 10 Jahre danach“

Schüssel hat nichts begriffen. Dass er und die VP hauptverantwortlich sind für die katastrophale Beliebtheit politischer Inhalte in Nazinähe. Er hat die braunen Töne salonfähig gemacht. Von Haider bis Graf als Nationalratspräsident ist die politische Liederlichkeit und autoritäre Leutseligkeit bis zum Korruptionssumpf der Grasser-Partie zum rechtspopulistischen Programm geworden!

Mag. Edgar Fuhry
per Internet

Ex-Kanzler Wolfgang Schüssel sagt, die europäischen „Sanktionen waren politische Willkür. [...] Da sind alle rechtsstaatlichen Grundsätze mit Füßen getreten worden.“ Leider ist nicht ganz klar, welche rechtsstaatlichen Grundsätze er meint.

Welche rechtsstaatlichen Grundsätze betroffen sind, wenn sich die derzeitige Koalition von

der Budgetfrage verabschiedet, ist klar: die Verfassung, genauer der Artikel 51 des Bundesverfassungsgesetzes. Er schreibt den Zeitpunkt vor, bis zu dem ein Budgetentwurf vorliegen muss. Wohl aus wahltaktischen Gründen soll mit dieser Vorschrift gebrochen werden. Dieser Bruch wäre auch ein Fußtritt gegen den Rechtsstaat.

Kein Fußtritt, sondern eine schallende Ohrfeige ist in diesem Zusammenhang die Behauptung von ÖVP-Mann Günter Stummvoll, das Parlament hätte gar nicht den „Brain-Trust“, um einen eigenen Budgetentwurf einzubringen, ein Recht, das Artikel 51a einräumt. Wenn dem Parlament der „Brain-Trust“ fehlt für einen eigenen Entwurf, wie kann dann der „Brain-Trust“ ausreichen, einen vorliegenden Entwurf zu prüfen? In beiden Fällen ist vergleichbare Expertise nötig. Wenn ich mir solche Äußerungen wie die von Hr. Stummvoll vor Ohren halte, fehlt mir ebenfalls der „Brain-Trust“: das Vertrauen in die Funktions-



Heute vor zehn Jahren: tolle Stimmung in der Hofburg, drei Tage nach dem Sanktionsbeschluss. Schüssel, Klestil und Haider (v. li.) freuen sich über die Unterzeichnung der sog. „Koalitionspräambel“.

Foto: AP

tüchtigkeit von Gehirnen. Wolfgang Schüssel befindet, „[i]m Nachhinein ist es noch absurder als damals“. Das wird man in der Rückschau auf das Budgetgebaren wohl künftig auch sagen.

Dkfm. Stefan Deutzmann
1040 Wien

Zum Zeitpunkt, als sich „Schwarz“ und „Blau“ zu einer Koalition zusammenschlossen, absolvierte ich als Psychotherapeutin in Ausbildung ein Praktikum in einem Seniorenheim mit überwiegend alten Menschen, die die Vernichtungslager des Nationalsozialismus überlebt hatten und unvorstellbare Fluchtgeschichten, von denen die meisten an Phänomenen der sogenannten posttraumatischen Belastungsstörung litten (und leiden), die als psychische Störung von der Weltgesundheitsorganisation entsprechend klassifiziert ist. Typische Symptome sind starke Angst, Vermeidung von Reizen, die mit dem

Erlebten zusammenhängen, Alpträume, Konzentrationsschwierigkeiten, Schlafstörungen ...

Man hatte uns Studierende auf die Besonderheiten dieses Praktikums zwar gut vorbereitet, und verpflichtende Supervision begleitete laufend unsere Arbeit und unseren Lernweg. Nicht vorbereitet waren wir aber auf das Ausmaß der Ängste, die die Regierungsbeteiligung der FPÖ bei vielen der Heimbewohner/innen auslöste. Für Menschen ohne einschlägige Erfahrungen der Verfolgung während des Nationalsozialismus waren (und sind) die angstbesetzten düsteren Zukunftsfantasien der Heimbewohner/innen, was ihnen nach der Regierungsbeteiligung der FPÖ möglicherweise alles passieren könnte, rational schwer oder überhaupt nicht nachvollziehbar. Aber auch wir Praktikant/inne/n fühlten uns recht hilflos. Einer der Heimbewohner wollte zum Beispiel ohne seinen Reisepass und einen große-

ren Bargeld-Betrag nicht einmal auf die Toilette gehen ...

Mag. Helga Ranzinger
1190 Wien

Gerne werden die Sanktionen gegen Österreich aufgrund der Regierungsbeteiligung der FPÖ mit derjenigen anderer nationalistischer bis rechtsextremer Parteien in Europa – insbesondere unter Verweis auf Italien – verglichen. Es mag sein, dass die tatsächlichen Unterschiede dieser Parteien zur FPÖ im Einzelfall klein sind. Doch bleibt bei alledem festzuhalten, dass man den Nationalismus Österreichs immer noch und immer wieder mit dem Mann in Verbindung bringt, der Österreicher war und als deutscher Reichskanzler Europa ins Unglück stürzte – ob diese Verbindung zu Recht oder zu Unrecht gesehen wird, mag man anhand der Äußerungen von FPÖ-Politikern selber entscheiden ...

Johannes Bauer
per Internet